



An Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 02.06.2023

AN/1187/2023

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	15.06.2023

Der Rat der Stadt Köln begrüßt die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragstellenden bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung des Rates am 15.06.2023 aufzunehmen:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung, ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht zu schaffen, das der gelebten Vielfalt in Deutschland und in Köln gerecht wird.
2. Die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln wird gebeten, im Namen der Stadt Köln diese Haltung des Stadtrats gegenüber dem Land, dem Bund und interkommunalen Zusammenschlüssen zum Ausdruck zu bringen sowie öffentlich bekanntzugeben und zu vertreten.
3. Der Rat der Stadt Köln fordert Bund und Länder auf, die Kommunen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dabei zu unterstützen, die Ausländerbehörden sowohl technisch als auch personell so auszustatten, dass diese alle Mehranträge zeitnah und schnell bearbeiten können.

Begründung:

Im Mai hat das Bundesinnenministerium den Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts veröffentlicht. Demnach soll die Mehrstaatigkeit und der Weg zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit insgesamt einfacher werden. Eine Einbürgerung soll in der Regel nach fünf statt wie bisher nach acht Jahren möglich sein. Bei „besonderen Integrationsleistungen“ soll die Voraufenthaltszeit auf bis zu drei Jahre verkürzt werden können.

Das Reformvorhaben ist Teil des überfälligen Wandels Deutschlands zu einer Einwanderungsgesellschaft. Viele Menschen haben seit Jahren auf die geplanten Erleichterungen bei der Einbürgerung gewartet. Sie würden Menschen mit internationaler Familiengeschichte von der oft quälenden Last befreien, sich zwischen den möglichen Identitäten entscheiden zu müssen. Die rechtliche Situation würde dann die Lebensrealität der Menschen widerspiegeln, die Verbindungen sowohl zu Deutschland als auch zu den Ländern haben, in denen etwa ihre Großeltern oder Eltern geboren wurden und in denen nach wie vor Kontakte zu Verwandten gepflegt werden.

Angehörige der Generation der sogenannten Gastarbeiter*innen und der Vertragsarbeiter*innen sollen einen nochmals vereinfachten Weg zur Staatsbürgerschaft erhalten. Das führt zur der Erwartung, dass insbesondere mehr türkischstämmige Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach Verabschiedung des Gesetzes einen Antrag auf Einbürgerung stellen werden. In Köln leben etwa 49.000 Menschen mit türkischer Familiengeschichte ohne deutschen Pass. Sie machen mit 22 Prozent des sich auf gut 20 Prozent belaufenden nichtdeutschen Bevölkerungsanteils die größte Untergruppe (bisheriger) Nichtdeutscher Kölns aus. Hinzu kommt bei der Gruppe der Nicht-EU-Bürger*innen auch noch der größere Anteil von vier Prozent nichtdeutscher Kölner*innen, die aus dem Irak stammen.

Für diese Kölner*innen muss es schnelle Einbürgerungsverfahren geben. Angesichts der aktuellen Ausstattung und der personellen Ressourcen der Ausländerbehörden, stellt dies allerdings deutschlandweit ein großes Problem dar. Die Kölner Ausländerämter schieben schon länger einen Rückstandsberg vor sich her, und es gibt immer wieder Probleme mit der Erreichbarkeit. Zuletzt soll sich das Problem trotz von der Verwaltung in Gang gesetzter Nachbesserungen noch einmal verschärft haben. Bearbeitungszeiten beliefen sich zum Teil auf sechs Monate. Immerhin sehen die aktuell umzusetzenden Verbesserungspläne einen deutlichen Ausbau der Online-Antragsmöglichkeiten im laufenden sowie im folgenden Jahr vor. Leider steht zu befürchten, dass diese Maßnahme wohl nicht ausreichend sein wird. Für die Umsetzung ihrer jetzigen Aufgaben und neuer Vorhaben müssen die kommunalen Ausländerbehörden dringend von Land und Bund unterstützt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Christian Joisten

SPD-Fraktionsvorsitzender